

## **Unternehmungsaufkäufe und ihre Hintergründe**

Die Abgabe deutschen Produktivvermögens an das internationale Finanzkapital schreitet weiter voran.

**Von Andres Müller**

Die Unternehmen, in denen die Deutschen arbeiten, gehören ihnen großen Teils gar nicht mehr. Sie sind im Besitz des internationalen Finanzkapitals. Die Gewinne dieser Unternehmen entstehen zwar in Deutschland, sind somit volkswirtschaftlich gesehen Teil des Inlandsproduktes, aber sie sind nicht mehr Teil des Volkseinkommens, denn sie fließen als Einkommen ausländischen Eigentümern zu. Die Übergabe deutschen Produktiveigentums an ausländische Kapitalanleger, insbesondere an das angloamerikanische Finanzkapital, ist für die Medien und die Politik in Deutschland kein Thema. So schreitet sie, von der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen, zusehends voran. Mit dem Eigentum am Produktivvermögen fließen allerdings nicht nur das Gewinneinkommen, sondern auch die Entscheidungen über künftige technische Entwicklungen und volkswirtschaftliche Investitionen ins Ausland.

### **Infrastrukturfonds stürzen sich auf Deutschland**

Jetzt lockt auch der große Investitionsbedarf in Transportwege, öffentliche Einrichtungen und Energienetze immer mehr ausländische Anleger an. Deutschlands [Infrastruktur](#) wird zur Spielwiese internationaler Kapitalanleger.

Es ist eine Entwicklung, die System hat, denn die deutschen Politiker, die für das künftige Wohl und Wehe der Deutschen verantwortlich sind, haben die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Gesamtstaatsausgaben) seit 1992 von 2,7 auf 1,5% sinken lassen, also nahezu halbiert. Sie sind mit dem Alltagskleinkram juristischer und organisatorischer Detaillösungen, inner- und zwischenparteilicher Querelen, der Abstimmung mit den EU-Vorgaben und öffentlichkeitswirksamem Selbstdarstellen so sehr beschäftigt, daß sie für die wesentlichen Dinge – hier also die Investitionsquote – kein Augenmerk haben. Aber die Bedeutung einer modernen Infrastruktur kann für eine Volkswirtschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine gut funktionierende Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften in einer Volkswirtschaft. Ohne leistungsfähige Verkehrswege, Energieversorgung und Informationsmöglichkeiten geht es nicht.

Diese leistungsfähige Infrastruktur garantierten früher einmal staatliche Versorgungsbetriebe. Sie arbeiteten vorbildlich, neidvoll beäugt von den politischen Entscheidungsträgern in anderen Volkswirtschaften, denn die funktionsfähige Infrastruktur war die Voraussetzung, daß Unternehmungen in Deutschland wirtschaftlich und rentabel arbeiten konnten. Es begann mit der Vernachlässigung der Erhaltungsinvestitionen, der Einschränkung der notwendigen Erweiterungsinvestitionen trotz ständiger Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten und jetzt, nach jahrzehntelanger Vernachlässigung, macht sich die lethargische Erkenntnis breit, daß man das Ganze privatisieren müsse, denn der Markt und der Wettbewerb könnten auch die Infrastrukturleistungen viel effizienter anbieten als staatliche Betriebe.

Doch das ist ein Armutszeugnis, das sich die deutsche Politik selbst ausstellt und ein Eingeständnis, daß sie heute nicht in der Lage ist, leistungsfähige Betriebe zu organisieren, die kostendeckend arbeiten. Private Anbieter müssen ja nicht nur kostendeckend arbeiten, sondern darüber hinaus ihren Eigentümern eine ordentliche Rendite bescheren,

die heute, in Zeiten der Globalisierung, höher sein muß denn je. Die am Aufkauf deutscher Infrastruktureinrichtungen interessierten internationalen Kapitalanleger errechnen sich eine gute Rendite von mindestens 8 bis 12 Prozent aus Infrastrukturinvestitionen aus<sup>1</sup>.

Warum sind staatliche Betriebe nicht in der Lage, mit solchen Renditen zu arbeiten? In Höhe der von Staatsbetrieben erarbeiteten Renditen könnte der Staat im Gegenzug auf Steuererhebungen verzichten, die wiederum allen Unternehmungen und Privathaushalten in einer Volkswirtschaft zugute kämen. Und wenn es nicht ganz gelänge, solche Renditen durch Staatsbetriebe zu erzielen, wenn also z.B. die Lohnkosten höher wären, dann stellten diese höheren Lohnkosten auf der anderen Seite Arbeitseinkommen dar, Einkommen, das im Inland bliebe und nicht Gewinneinkommen, das ins Ausland abfließt. Und – das muß nochmals betont werden – die Versorgungssicherheit wird von Unternehmungen, die ihre Rendite maximieren wollen, gerade nicht gewährleistet, denn sie werden nur in jene Objekte investieren, die für sie eine hohe Rendite abwerfen.

Momentan will die EU-Kommission die deutschen Energieversorger dazu zwingen, ihre Stromverteilungsnetze zu verkaufen. Auch die Deutsche Bahn soll mit rund 25% an das internationale Kapital verkauft werden. Das steht bereits in den Startlöchern, um die begehrten Renditeobjekte in Deutschland sich aneignen zu können. Objekte, die den deutschen Politikern eine Belastung geworden sind. Sie verkaufen unsere Zukunft!

Weltweit haben Infrastrukturfonds über 150 Mrd. Dollar angesammelt, jetzt kann es losgehen. Es sind namhafte Finanzanleger darunter: der kanadische Pensionsfonds Ontario Teacher und die australische Investmentbank Macquarie, deren Leiter des europäischen Infrastrukturfonds, Martin Stanley, sagte: „Deutschland steht ganz oben auf unserer Liste in Europa. Wir werden hier Hunderte Millionen, wenn nicht sogar mehrere Milliarden Euro investieren“<sup>2</sup>. Weitere begierige Aufkäufer sind die Pensionsfonds der arabischen Ölscheichtümer, die amerikanischen Private-Equity-Gesellschaften KKR, Blackstone oder Carlyle, der britische Beteiligungsfonds 3i Group, sowie die von den großen Finanzhäusern Goldman Sachs, Morgan Stanley, UBS, Deutsche Bank und Allianz extra eingerichteten Infrastrukturfonds.

Generationen fleißiger Deutscher haben ein Vermögen angesammelt, das eigentlich allen gehört. Es wird von unfähigen, ihrer Aufgabe nicht gewachsenen Politikern an das Ausland verkauft, damit sie die Schulden, die sie über Jahrzehnte hinweg gemacht haben, abtragen können. Das muß man sich bewußt machen, um die Vorgänge richtig beurteilen zu können.

Große Bereiche des privaten Produktivvermögens hat das internationale Finanzkapital sich schon lange angeeignet:

### **Ausländische Staatsfonds erwerben Produktivkapital**

Über 52 [Prozent](#) des Eigenkapitals der dreißig größten deutschen Aktienunternehmen gehörten Anfang 2007 ausländischen Finanzanlegern<sup>3</sup>. Andere Unternehmen sind schon komplett in ausländisches Eigentum übergegangen, Mannesmann, Höchst, HypoVereins-

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.05.2008 Seite 23.

<sup>2</sup> ebenda

<sup>3</sup> Die [Welt](#) Online, 17. Dezember 2007, 14:04 Uhr: „Das Deutsche Aktieninstitut (DAI) bestätigte entsprechende Berechnungen des „Handelsblattes“, das geschrieben hatte, daß der Anteil des ausländischen Kapitals an den Dax - Konzernen sei in diesem Jahr auf 52,6 Prozent gestiegen sei. Noch 2001 betrug er nur gut ein Drittel.“

bank etc. Von den ungezählten Mittelbetrieben gar nicht zu reden. Wo heute noch deutsch draufsteht, ist schon lange nicht mehr deutsch drin!

Niemand in Deutschland hat sich bisher darüber aufgeregt, daß die bedeutendsten Wirtschaftsunternehmen Deutschlands in den letzten Jahren in die Hände ausländischer Eigentümer übergegangen sind, hatten diese doch ihren Wohnsitz in den Finanzzentralen der sogenannten westlichen Hemisphäre. Im Gegenteil: deutsche Politiker und Finanzexperten haben die Entwicklung begrüßt und behauptet, die deutsche Volkswirtschaft bräuchte den Zustrom ausländischer Investoren dringend, damit sie in einer globalisierten Welt konkurrenzfähig bleiben zu können.

Doch die deutsche Wirtschaft hatte eigentlich selbst hinreichend Kapital, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Einen Großteil davon jedoch haben verantwortungslose deutsche Wirtschaftsführer im Ausland vernichtet: BMW, Daimler-Benz, Deutsche Post, Adidas, die Liste könnte beliebig verlängert werden. Sie wollten die „erste Geige“ im Konzert der Global Player spielen. Prototyp ist der gelernte Kfz-Mechaniker Jürgen Schrempf. Diese Herren haben in kürzester Zeit Verluste in mehrstelliger Milliardenhöhe im Ausland mit ihren Ramsch-Einkäufen eingefahren und ein Vermögen verpulvert, das über Generationen hinweg von deutschem Kapital und deutscher Arbeit angesammelt worden war.

Seit geraumer Zeit interessierten sich auch ausländische Staatsfonds für deutsches Produktivvermögen und deutsche Immobilien. Einige davon kommen nicht aus der Westlichen Wertegemeinschaft. Im Nahen und Fernen Osten hatte man durch Rohölexporte und den Export von Gütern der industriellen Massenfertigung Gelder angesammelt, die sinnvoll, also gewinnbringend angelegt werden wollten. Natürlich auch in Deutschland, das seit dem Einsetzen der eigentlichen Globalisierung (1990 ff.) zur Spielwiese des internationalen Finanzkapitals geworden war. Und jetzt auf einmal kam bei deutschen Politikern (Roland [Koch](#), auf höheren Wink hin?) die Frage auf, ob man diesen Unternehmen, die zusätzlich noch in staatlichem Eigentum sind, den Eigentumserwerb deutschen Produktivvermögens nicht untersagen sollte. Die Debatte wurde kurz nach ihrem inszenierten Start sang- und klanglos wieder abgebrochen, denn die altkapitalistischen Industrieländer hatten die Gelder dieser Fonds auf einmal bitter nötig, nachdem Ende Juli 2007 die Finanzmarktkrise ausgebrochen war. Seitdem haben diese gescholtenen [Staatsfonds](#) den westlichen Großbanken bisher (Mai 2008) insgesamt 69 Milliarden Dollar zugesteckt<sup>4</sup>, um den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern, der natürlich auch ihre Devisenschätze und Forderungen vernichtet hätte. Gleichzeitig sind sie das geworden, was die „westliche Politik“ auf alle Fälle verhindern wollte: Miteigentümer an den großen Investmentbanken der kapitalistischen Welt.

Kürzlich sah sich Bundesfinanzminister Peer [Steinbrück](#) sogar veranlaßt, in den Nahen Osten zu reisen, um am Golf die dortigen Staatsfonds um Beteiligungen in Deutschland anzubetteln<sup>5</sup>. In Kuwait sagte er wörtlich, „es geht der Bundesregierung nicht darum, ausländische Staatsfonds von Investitionen in Deutschland abzuhalten.“ Deutschland sei so in die internationale Wirtschaft verwoben, daß man verrückt wäre, Abwehrsignale an ausländische Investoren auszusenden. Wir sollten vielmehr ein hochgradiges Interesse daran haben, Staatsfonds nach Deutschland einzuladen.“ Er sagte weiter, daß sich die Pläne der Bundesregierung (Investitionen von Staatsfonds zu verbieten) nicht gegen das

---

<sup>4</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.05.2008 Seite 22.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.05.2008 Seite 15.

Land am Golf richten. Sie zielten auf Staatsfonds aus anderen Weltregionen, vor allem China.

Begleitet wurde Herr Steinbrück bei seiner „Mission im Nahen Osten“ von Vertretern des internationalen Finanzkapitals, wie den Investmentbankern Hans Martin Bury (Lehman Brothers), Annette Messemer (Merrill Lynch Deutschland), Commerzbankvorstand Markus Beumer. Mit von der Partie war auch der ehemalige CSU-Aktivist Otto Wiesheu aus dem Vorstand der Deutschen Bahn. Ganz offensichtlich ist es der Bundesregierung ein Herzensanliegen, deutsches Produktivvermögen und die daraus fließenden Gewinne mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an das Ausland abzutreten. Ihnen sei gesagt, daß Staatsvermögen Volksvermögen ist.

Es wäre zu prüfen, ob einfache Regierungsmehrheiten das Recht haben, das Eigentum des Deutschen Volkes auf diese Art und Weise zu verschleudern. Den Deutschen sollte bewußt sein, was hier eigentlich abläuft – ohne daß sie gefragt werden!

### **Private Equity, Fakten 2008**

Eine „Heuschrecke“ kauft sich in ein deutsches Traditionsunternehmen ein, und der Betroffene wirbt auch noch dreist dafür. Der Betroffene ist das Unternehmen Evonik, die Heuschrecke ist der britische Finanzinvestor [CVC Capital](#).

Die Evonik Industries AG wurde 2006 aus der [RAG](#) Aktiengesellschaft (ehemals Ruhrkohle AG) abgespalten, sie umfaßt die Sparten Spezialchemie (ehemals Degussa), Kraftwerksbau und Immobilien. CVC [Capital](#) gehört zu den 10 größten Private Equity Unternehmungen der Welt. Bei Evonik hat man 25,01 Prozent des Eigenkapitals erworben und dafür 2,4 Mrd. Euro bezahlt<sup>6</sup>.

Private Equity Unternehmen sind in Deutschland an Unternehmen mit 1,1 Millionen Mitarbeitern beteiligt, die einen Umsatz von 195 Milliarden Euro erzielen,<sup>7</sup>. Auf der Einkaufsliste der Firmenjäger stehen heute vor allem mittelständische Familienunternehmen, die ihre Nachfolge regeln wollen.

Ihre Aufkäufe haben die Firmenjäger in der Vergangenheit vorwiegend mit Fremdkapitalquoten von 70% und mehr getätigt und die Schulden dem Kaufobjekt aufgehalst. Je geringer die Eigenkapitalquote war, desto höher mußte die Eigenkapitalrentabilität ausfallen (Hebelwirkungseffekt). Doch bei sinkenden Gewinnen und steigenden Zinsen (Finanzmarktkrise) wird die Rendite sehr schnell negativ und den aufgekauften Unternehmen droht der Zusammenbruch. Dem Chemiekonzern Cognis oder der Autobahnraststättenkette Tank & Rast droht momentan dieses Schicksal.

Die Private Equity Unternehmen sollen weltweit momentan insgesamt 820 Milliarden für weitere Aufkäufe eingesammelt haben. Manch deutscher Manager ist in den vergangenen Jahren in die Beteiligungsbranche gewechselt und hat den Firmenjägern sein Wissen für die Zwecke des Verkaufs inländischen Produktivvermögens an ausländisches Finanzkapital zur Verfügung gestellt.

Die deutschen Politiker wenden sich mit Vorliebe an die internationalen Aufkäufer, wenn sie das Volksvermögen, das sie im Auftrag des Staates verwalten, „privatisieren“. Nach dem Ende ihrer politischen Karriere werden sie dann oft mit sehr lukrativen Leitungsfunktionen für ihr Verhalten belohnt.

---

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.geldpro.de/>

<sup>7</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.06.2008 Seite 11.

## **Otto (Versand) kauft Wolkenkratzer**

Was tun denn die Deutschen mit dem Geld, das sie für den Verkauf ihrer Unternehmen erhalten? Sie legen es nicht in Deutschland an. Sie bringen es auf schnellstem Weg in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, dort legen sie es an, weil sie sich eine höhere Rendite erwarten. Typisches Beispiel ist die deutsche Unternehmerfamilie [Otto](#) (Otto-Versand). In USA gehört ihr die Immobiliengesellschaft Paramount, das ist der größte ausländische Immobilieninvestor in New York. Jetzt hat sie im Geschäftsviertel Midtown Manhattan für 1,46 Milliarden Dollar einen Wolkenkratzer gekauft.

Verkäufer der Immobilie ist übrigens die Deutsche Bank, doch die hat das Gebäude von Harry Macklowe bekommen, der einen Milliardenkredit nicht mehr zurückzahlen konnte. Paramount zahlt 20-30% weniger als Macklowe vor einem Jahr, vor Beginn der US-Häusermarktkrise, gezahlt hat. Die Deutsche Bank braucht das Geld dringend, hat sie doch Verluste von über 6 Mrd. Euro aus der Finanzmarktkrise auszugleichen, aber wie gesagt, sie erhält um 20-30% weniger als die ausgezahlte Kreditsumme.

Auch der Mehrheitseigner des berühmten Chrysler-Gebäudes, der deutsche Immobilienfonds TMW, will seinen Anteil verkaufen. Natürlich mit ähnlichen Verlustquoten.

Und so reihen sie sich ein, die deutschen Helden, in die Hall of fame für die Global Player – Verlierer, in guter Gesellschaft neben Daimler-Benz, Deutsche Post, Deutsche Telekom, Adidas. Die großen Märkte im Mutterland des Kapitals, bei den Erfindern des Kapitalismus wollten sie erobern, und das in Deutschland erwirtschaftete Vermögen haben sie verspielt.

## **Spacs, das neue Instrument zum Aufkauf deutscher Mittelständler**

Beim Aufkauf deutscher Mittelstandsbetriebe haben sich die internationalen Firmenjäger bisher viel härter getan als bei den Großunternehmen. Schließlich sind die Eigentümer Familien, meist Traditionsunternehmen, Dynastien mit einer langen Firmengeschichte. Da gibt man ein Unternehmen nicht so leicht ab, wie die anonymen Aktionäre, die sich von Anfang an weniger als verantwortliche Unternehmenseigner, sondern als Kapitalanleger gesehen haben, und die jede Gelegenheit beim Schopf nehmen, ihre Eigentumsanteile (Aktien) zu verkaufen, wenn man ihnen nur viel genug dafür bietet.

Die geschilderte Situation wird sehr treffend durch eine Anekdote beschrieben, die sich im Mai 2008 ereignete. Da bereiste Warren [Buffett](#), einer der skrupellosesten angloamerikanischen Unternehmensjäger, die Bundesrepublik und rief in einer großartig inszenierten Pressekonferenz in Frankfurt die deutschen Familienunternehmen auf, ihre Unternehmen an ihn zu verkaufen, weil er mehr bezahle als die anderen Finanzinvestoren.

Die hartnäckige Verweigerungshaltung der mittelständischen deutschen Familienunternehmen mußte irgendwie aufgebrochen werden. Dazu wurde jetzt vom innovativen „internationalen Finanzkapital“ ein neues Instrument erfunden, das den Aufkauf deutscher Mittelstandsunternehmen erleichtern soll. Es heißt [Spacs](#), auf „neuhochdeutsch“: Special Purpose Acquisition Companies oder ins Deutsche übersetzt: Gesellschaften zum Zweck von Unternehmungsaufkäufen.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Es wird eine Aktiengesellschaft gegründet, deren Geschäftsführung den Auftrag hat, lukrative Übernahmeobjekte ausfindig zu machen, um sie dann aufzukaufen. Es handelt sich also um Firmenjäger in der Rechtsform einer AG. Das Geschäftsmodell wurde natürlich in den USA erfunden, ist dort rechtlich erlaubt und wird infolgedessen auch bald in Deutschland nachgeahmt werden.

Es trifft sich dabei ganz gut, daß die internationale Banken- und Finanzkrise die Kredite verringert und verteuert. Gerade für den deutschen Mittelstand war es auch in der Phase des Wirtschaftsaufschwungs und der angeblich niedrigen Zinsen nicht leicht gewesen, Kredite von den Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu bekommen. Die hatten ihr Geld lieber auf dem US-Markt im Fristentransaktionsgeschäft angelegt. Dort hatten sie Tochtergesellschaften gegründet (Conduits oder Zweckgesellschaften genannt), mit denen sie eine Zeit lang ein Mehrfaches an Rendite herausarbeiten konnten als bei der Kreditvergabe an deutsche Mittelständler. Das Ergebnis dieses Abenteuers erleben wir heute: Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe allein bei den deutschen Banken.

Für die deutschen Mittelbetriebe war es somit nicht leicht und billig – in dieser Phase – Kredite zu bekommen. Jetzt, da die Zinsen ansteigen, die Banken ihre Verluste aus dem US-Wertpapiergeschäft abschreiben müssen und deshalb ihre Möglichkeiten zur Kreditvergabe stark reduziert sind, ist der ideale Zeitpunkt für die Firmenjäger gekommen, sich bei den deutschen Mittelstandsbetrieben einzukaufen. Denn die Bankkredite werden noch weniger und teurer. Man hätte die zeitliche Abfolge von Kapitalvernichtung und Abverkauf deutscher Mittelstandsbetriebe an das internationale Finanzkapital nicht besser inszenieren können als es jetzt geschieht.

Sogar die FAZ, deren zentrale Köpfe ganz vom neoliberalen Denken beherrscht werden, macht kein Hehl aus Absicht des neu geschaffenen Finanzierungsinstruments. Sie titelt: „Die neuen Anlagevehikel haben als einzigen Zweck die Übernahme eines anderen Unternehmens“<sup>9</sup>.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 14.07.2008

---

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.05.2008 Seite 23.